

Protokoll

der Sitzung des Gemeinderates von Bobenheim-Roxheim, öffentlicher Teil

Raum: Ratssaal Rathaus - 67240 Bobenheim-Roxheim
Datum: 02.12.2010
Uhrzeit: 19:15 Uhr
Anwesende: 28 Ratsmitglieder
Abwesende: 1 Ratsmitglied
Vorsitz: Bürgermeister Manfred Gräf
Protokoll: Ingo Höft (Privatinitiative – kein offizielles Protokoll)
Korrekturen
08.12.2010: gemäß Abstimmung im Treffen der Bürgerinitiative am 07.12.2010 sind die Namen Beigeordnete R. Reinhardt und F. Freer an den entsprechend gekennzeichneten Stellen eingefügt.

Tagesordnung:

- 01 Einrichtung eines Runden Tisches „Wohnen und Pflege im Alter“;
hier: Antrag der Fraktion WIR Bürger
-Gemeinderatsdrucksache Nr. 2010/133-
- 02 Planungsstopp für die Schulturnhalle der Realschule plus;
hier: Antrag der SPD-Fraktion, FWG-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
des Ratsmitglieds Berthold Graber
-Gemeinderatsdrucksache Nr. 2010/132-
- 03 Bekanntgaben, Anregungen und Anfragen

Der Bürgermeister eröffnet die Versammlung und schlägt einen weiteren Tagesordnungspunkt „Grundstücksangelegenheiten“ in nicht öffentlicher Sitzung vor.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

TOP 01

Der Bürgermeister ruft den Tagesordnungspunkt 01 auf und bittet um Erläuterung.

U. Reinhart erläutert den Antrag zu TOP 01 und plädiert dafür, einen möglichst großen Kreis von Experten hinzu zu ziehen und die mit der Altenpflege befassten Organisationen einzubinden.

(08.12.2010) ~~Das Ratsmitglied rechts neben Dr. W. Brauer~~ F. Freer bestärkt den Antrag und führt aus, es mögen möglichst viele Bürger und Gruppen zur Entscheidungsfindung eingebunden werden. Die CDU-Fraktion unterstütze den Antrag.

S. Butsch ist verwundert, dass eine zeitnahe Umsetzung der Beauftragung zur Baudurchführung an einen Bewerber nicht mehr erforderlich ist. Diese Information habe er erst aus einem Bericht in der Rheinpfalz erhalten, was er nachdrücklich kritisiert. Er wolle solche Informationen nicht erst aus der Tagespresse erfahren. Allerdings habe der Bürgermeister ihn unmittelbar nach Erscheinen des

Artikels am selben Tage informiert. Butsch plädiert dafür, die Auftragsvergabe weiterhin zeitnah umzusetzen.

Der Bürgermeister nimmt Stellung und berichtet, dass das Thema auch in der öffentlichen Seniorenbeiratssitzung am 16. behandelt wurde. Der Gemeinderat wird das Thema Altenheim fortlaufend weiter behandeln. Schon auf der nächsten Sitzung stehe es auf der Tagesordnung. Es solle zügig, aber ohne Hast behandelt werden.

H.G. Löcher regt an, Fachleute mit einzubinden, auch in die Entscheidungsprozesse im Rat.

J. Heinrich bekräftigt diesen Vorschlag und unterstützt ihn.

M. Heyne fragt, ob der runde Tisch zeitlich begrenzt sei.

Der Bürgermeister erklärt sich dazu, wobei er jetzt kein definitives Ende setzen will.

Der Bürgermeister ruft zur Abstimmung:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP 02

Der Bürgermeister ruft den Tagesordnungspunkt 02 auf und eröffnet die Diskussion.

S. Butsch fragt:

1. wie hoch seien die Ingenieurleistungen für die Nachplanung, einschließlich aller weiteren Zusatzleistungen
2. wann wurde die Beauftragung beschlossen

(08.12.2010) ~~Die Beamtin zur rechten Hand des Bürgermeisters~~ Beigeordnete R. Reinhardt liest die einzelnen Kostenpunkte vor, die dann eine Summe von 238.999 € ergäben. Die einzelnen Aufträge lägen alle jeweils unter 100.000 €, wodurch kein Ratsbeschluss zur Auftragsvergabe erforderlich sei. Alle Aufträge seien am Freitag den 5. unterschrieben gewesen und gingen dann raus. Darauf traf dann die letzte Gegenzeichnung am Mittwoch ein. Der Hinweis von Butsch auf ein mögliches Bürgerbegehren sei dann am Donnerstag vorgelegen.

Butsch führt aus, dass der Beschluss des Hauptausschusses nicht rechtens sei und zitiert dazu einschlägige Paragraphen aus der Hauptsatzung, die dem Protokoll nicht vorliegen. Dabei stellt er vor allem darauf ab, dass die Auftragsvergabe vom Rat hätte genehmigt werden müssen. Somit sei der Vertrag nicht rechtsbindend zu Stande gekommen. Die Drucksache 125 sei nicht im Rat beraten und dann an den Hauptausschuss delegiert worden. Also haben die Mehrkosten für einen Planungsstopp nicht deren Befürworter zu verantworten, sondern die Verwaltung.

R. Ritthaler entgegnet und zitiert ebenfalls die Hauptsatzung. Dabei stellt er fest, dass Aufträge mit einem Auftragsvolumen unter 100.000 € nicht vom Rat behandelt werden müssten. So einfach sei das.

J. Heinrich merkt an, dass er der Diskussion nicht folgen könne, da ihm die zitierten Paragraphen nicht vorlägen. Er verstehe im Detail nicht, worum es ginge (zustimmendes Murmeln im Plenum). Er lehne den Antrag jedenfalls ab.

(08.12.2010) ~~Das Ratsmitglied rechts neben Dr. W. Brauer~~ F. Freer sagt, dass Butsch am Ende der Ratssitzung vom 6.10. auf die Einleitung eines Bürgerbegehrens hingewiesen habe. Er bemerkt, dass ein Beschluss auch bei einer demokratischen Entscheidung mit knapper Mehrheit gefasst ist. Butsch möge dieses doch bitte akzeptieren. Die CDU Fraktion sei diejenige, die ein großes Einsparvolumen für den Bürger erwirkt habe. Auch sei die Burgundhalle nur wegen der darin befindlichen Gastronomie so gut besucht und erinnert an die schwache Hallenbelegung vor Einführung der Gaststätte. Es sei aber schon abzusehen, dass der Wirt beabsichtige, seinen Betrieb zu schließen.

Butsch nimmt Stellung und führt aus, dass es auch nach einer verlorenen Abstimmung

Möglichkeiten gibt, etwas dagegen zu unternehmen und zwar mittels eines Bürgerentscheids. Dieses sei ein legitimes demokratisches Mittel. Weiterhin legt er dar, dass eine Einteilung der Halle von 2 Feldern in 3 Felder durch einen Vorhang keinen substantiellen Raumgewinn bedeute. Die insgesamt zur Verfügung stehende Spielfläche würde nicht wesentlich vergrößert. Das Argument, die Burgundhalle wegen fehlender Gastronomie abreißen zu wollen, sei wirklich ganz schwach, so Butsch.

H.G. Löcher akzeptiert den Beschluss vom 6.10., die Burgundhalle abzureißen, spricht sich aber auch für einen Bürgerentscheid aus und plädiert dafür, dessen Ausgang abzuwarten.

U. Reinhart stellt 4 Fragen, die direkt beantwortet werden;
Frage: welche finanziellen Folgen hätte ein Planungsstopp?

Ritthaler antwortet, dass die Architekten in dieser Zeit nichts täten, dafür aber entlohnt werden müssten. Würden sie in dieser Zeit einen anderen Auftrag übernehmen, so würde das die entsprechende Entlohnung fürs Nichtstun mindern. Dann sei aber nicht sicher, ob sie bei Ende des Planungsstopps auch wieder unmittelbar zur Verfügung stünden.

Frage: wann sei der Baubeginn geplant?

(08.12.2010) ~~Die Beamtin zur rechten Hand vom Bürgermeister~~ Beigeordnete R. Reinhardt antwortet, dass die Fertigstellung der neuen Halle wie bisher vorgesehen, in 2012 geplant sei und keine Verzögerung durch die Erweiterung auf eine Dreifeldhalle auftrete.

Frage: gingen Zuschüsse verloren?

(08.12.2010) ~~Die Beamtin wie vorstehend~~ R. Reihhardt antwortet, dass die Zuschüsse sowohl für die Zweifeldhalle, als auch für die Dreifeldhalle genehmigt seien. Für Zuschüsse im nächsten Jahr bestünden keine Zusagen.

Frage: wann könnte der Bürgerentscheid erfolgen und wäre dann ein Ausstieg aus dem Bau einer Dreifeldhalle möglich?

Ritthaler führt aus, dass zunächst das Bürgerbegehren von den Verwaltungsorganen auf Zulässigkeit geprüft werden muss. Dieser Entscheid könne juristisch angefochten werden, so dass eine Verfahrensdauer von bis zu zwei Jahren durchaus möglich seien.

(08.12.2010) ~~Die Beamtin wie vorstehend~~, Beigeordnete R. Reihhardt stellt die Untersuchungen und Planungen zum Bedarf und zur Nutzung der neuen Schulturnhalle vor und begründet die Entscheidung zum Bau einer Dreifeldhalle. Dabei klingt an, dass sowieso der Bedarf für eine Dreifeldhalle gegeben sei, unabhängig von der Burgundhalle. Der Bürgermeister ergänzt diese Ausführungen.

U. Reinhart stellt dar, dass die meisten Steuern durch den Abriss der Burgundhalle und den Neubau einer Dreifeldhalle gespart würden und plädiert dafür.

V. Schwarz hinterfragt, warum erst jetzt herauskäme, dass sowieso eine Dreifeldhalle benötigt würde. Dieses als Argument für den Abriss der Burgundhalle heranzuziehen, sei deshalb nicht mehr zulässig. Wenn man diesen Sachverhalt früher gewusst hätte, wäre die Entscheidungsfindung insgesamt sicherlich anders verlaufen.

Der Bürgermeister stimmt dem zu und begründet diesen Sachverhalt aus der planerischen Historie. Er sagt, die Befürworter des Planungsstopps würden mit Hinweis auf einen Bürgerentscheid mit den Muskeln spielen und diese Auseinandersetzung auf dem Rücken der Schulkinder austragen (Unruhe im Plenum).

J. Heinrich rechnet überschlägig die Kosten durch und stellt darauf ab, dass bei Sanierung der Burgundhalle die Gewerbesteuer erhöht werden müsste und der Bürger damit wohl nicht einverstanden wäre. Es erfolgen weitere Wortmeldungen dazu als Meinungsäußerungen.

(08.12.2010) ~~Das Ratsmitglied rechts neben Dr. Brauer~~ F. Freer sagt, er sei keinesfalls gegen ein Bürgerbegehren, wohl aber gegen die Art und Weise, wie es zu Stande gekommen sei. Wie er einem Artikel der Rheinpalz entnommen habe, habe Frau Graber-Butsch, die Ehefrau des

Ratsmitglieds S. Butsch, das Bürgerbegehren zunächst initiiert, wolle sich dann aber wieder aus der Angelegenheit zurückziehen. Das sei nicht in Ordnung.

R. Knies hebt darauf ab, dass Butsch am 03.11. vor der Vergabe der Planungsaufträge im Hauptausschuss nichts von einem Bürgerentscheid habe verlauten lassen. Fünf Tage später habe sich dann das Bürgerbegehren formiert. Er sei für eine strikte Fortführung der Planungen.

G. Zwilling widerspricht einer Darstellung von Butsch. Im Hauptausschuss sei keinesfalls en bloc abgestimmt worden, wie behauptet, sondern einzeln.

Der Bürgermeister stellt fest, dass ihm neben der Unterschriftenliste zum Erhalt der Burgundhalle – die ihm im Übrigen noch nicht vorliege – noch eine weitere Unterschriftenliste mit ca. 850 Unterschriften vorläge, mit der sinngemäßen Frage: „Sind sie dagegen, das Altenheim auf dem Freifeld vor dem Rathaus zu bauen?“

Butsch verwahrt sich gegen Angriffe auf seine Frau. Sie sei schließlich mündige Bürgerin, wie die Ehefrauen anderer Ratsmitglieder auch und habe nichts mit den Vorgängen im Rat zu tun. Es sei einzig ihre eigene freie Entscheidung gewesen, die Bürgerinitiative ins Leben zu rufen. Dass er vor Vergabe der Planungsaufträge am 03.11. nicht auf ein mögliches Bürgerbegehren hingewiesen habe, lag daran, dass es das noch gar nicht gab und dem derzeit nicht die Relevanz beimessen konnte, die es heute habe. Er stellt nochmals ab auf den tatsächlichen Bedarf einer neuen Dreifeldhalle und plädiert für gemeinsame Anstrengungen, das Problem zu lösen.

(08.12.2010) ~~Die Beamtin zur rechten Hand des Bürgermeisters~~ Beigeordnete R. Reinhardt stellt nochmal die Hallenbelegung im Detail dar, die im Plenum diskutiert wird. Weiterführend wird der erforderliche Bedarf der neuen Halle kontrovers in direkten, auch parallel geführten Dialogen diskutiert.

Das Ratsmitglied links von G. Zwilling wirft nochmals vor, dass im Hauptausschuss am 03.11. kein Hinweis auf die Bürgerinitiative erfolgte, worauf sich ein offener direkter Schlagabtausch der Argumente entwickelt, in dem H. Jürgen auch das Verhalten von Butsch kritisiert.

Weitere Redebeiträge ohne Moderation bringen inhaltlich nichts neues.

Der Bürgermeister fasst zusammen und stellt dar, dass die Fakten für eine Dreifeldhalle mit Abriss der Burgundhalle sprächen. Wenn man mehr wolle, müsse man auch mit den Konsequenzen leben. In direkten Gesprächen mit Bürgern habe er festgestellt, dass dies vielen gar nicht klar sei. Wäre ihnen das vorher klar gewesen, so hätten sie das Bürgerbegehren gar nicht unterschrieben, so der Bürgermeister.

In weiteren Diskussionsbeiträgen werden die bekannten Argumente wiederholt dargestellt. Dabei wird aber nochmals ganz deutlich, dass bereits eine neue Dreifeldhalle als Bedarf allein für die Schule erforderlich ist.

Der Bürgermeister ruft zur Abstimmung des Antrags:

10 Stimmen dafür

17 Stimmen dagegen

0 Stimmen Enthaltung

für die Richtigkeit des Protokolls

03.12.2010

gez. Ingo Höft

nach bestem Wissen

Einwände und Korrekturen bitte ich zu richten an Email(ät)Ingo(minus)Hoeft.de